

# Neo-institutionalistische Theorie<sup>1</sup>

Raimund Hasse/Georg Krücken

## 1 Einleitung

In der Soziologie hat institutionalistisches Denken eine lange Tradition. Einem Begründer der Disziplin, Émile Durkheim, galt die Soziologie gar als die „Wissenschaft von den Institutionen“, wie er 1895 in den „Regeln der soziologischen Methode“ schrieb (zit. nach Durkheim 1980, S. 100). Institutionalistische Traditionslinien innerhalb der Soziologie bestehen in ganz unterschiedlichen nationalen und intellektuellen Kontexten. In Deutschland ist etwa an die stark kulturanthropologisch geprägte Institutionentheorie von Max Scheler, Arnold Gehlen und Helmuth Plessner zu denken, die im engeren Theoriediskurs der Soziologie insbesondere von Helmut Schelsky rezipiert und weiterentwickelt wurde. In der amerikanischen Soziologie fand eine Ausformulierung der institutionalistischen Theorie vor allem im Rahmen des Strukturfunktionalismus durch Robert K. Merton und Talcott Parsons statt. Bezüge zwischen beiden Strängen der soziologischen Institutionentheorie finden sich u.a. in den frühen Arbeiten von Niklas Luhmann, der sich später in seiner Theorie sozialer Systeme jedoch deutlich von institutionalistischen Theorieprämissen abgrenzte.

Die in der Institutionentheorie grundlegend geteilte Annahme besteht darin, dass individuelles und kollektives Handeln nur durch übergeordnete gesellschaftliche Regelwerke – Institutionen – erklärbar ist (vgl. für Überblicke Schüle 1987; Hasse/Krücken 2008). Diese Regelwerke können sowohl formaler als auch informaler Natur sein. Je nach Formalisierungsgrad rücken sie damit entweder in die Richtung rechtlicher Normen (wie Verbote) oder allgemein-gesellschaftlicher Konventionen (wie der Handschlag zur Begrüßung). Unabhängig vom Formalisierungsgrad wird jedoch unterstellt, dass man im gesellschaftlichen Miteinander weiß, wie man sich zu verhalten hat. Institutionen lassen sich demnach soziologisch als gesellschaftliche Erwartungsstrukturen definieren, die darüber bestimmen, was angemessenes Handeln und Entscheiden ist. Wichtig ist, dass solchermaßen definierte Institutionen nicht nur als handlungsbeschränkend, sondern auch als handlungsermöglichend verstanden werden. Individuelle und kollektive Handlungen sind nur im Rahmen allgemein-verbindlicher institutioneller Orientierungen zu verstehen und können auch nur dann entstehen, wenn es diese übergreifenden gesellschaftlichen Erwartungsstrukturen gibt, an denen sich individuelle und kollektive Akteure ausrichten können.

Diese Grundannahme ganz unterschiedlicher Spielarten der soziologischen Institutionentheorie wird auch vom soziologischen Neo-Institutionalismus geteilt, der dem Kontext

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag stellt das Substrat zahlreicher Arbeiten zum Neo-Institutionalismus dar, die wir zum Teil gemeinsam, zum Teil individuell verfasst haben (vgl. u.a. Hasse 2003a, b; Hasse/Krücken 2005; Krücken 2002, 2005a, b). Partielle Überschneidungen mit vorangegangenen Veröffentlichungen lassen sich deshalb nicht vermeiden. Ebenso wenig lässt es sich vermeiden, in einem Beitrag zu einem einführenden Handbuch von Differenzierungen und „Familienstreitigkeiten“ (Scott 2001, S. 132) innerhalb des vorzustellenden Ansatzes abzusehen, der dadurch deutlich kompakter und geradliniger wirkt als bei näherer Betrachtung.

der amerikanischen Soziologie entstammt. Im Unterschied zu seinen theoriegeschichtlichen Vorläufern – insbesondere aus dem amerikanischen Kontext – kommt Prozessen der Internalisierung von Werten und Normen, deren Einhaltung durch Sanktionen gesichert wird, allerdings ein eher geringer Stellenwert zu. So heißt es bei Paul DiMaggio und Walter Powell (1991, S. 15): „Nicht Werte und Normen, sondern nicht-hinterfragte ‚scripts‘, Regeln und Klassifikationen sind der Stoff, aus dem Institutionen gemacht sind.“ Damit greift der Neo-Institutionalismus primär solche Ansätze in der Soziologie auf, die sich insbesondere im Gefolge von Berger/Luckmann (1969) auf die Entstehung und Durchsetzung nicht-hinterfragter Handlungsmuster in der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit beziehen. Die intellektuell prägenden Einflüsse werden wir vor allem in Abschnitt 3 benennen. Zum besseren Verständnis des Neo-Institutionalismus ist es darüber hinaus wichtig, sich klar zu machen, dass die neo-institutionalistische Theoriebildung grundlegend in engem Zusammenhang mit empirischen Forschungen steht, hierauf aufbaut und diese anleitet (vgl. Hasse/Krücken 2005). Das selbst gesetzte Ziel besteht in der Verzahnung beider Aspekte, nicht in einer reinen theoretisch-abstrakten Reflexion.

Im Folgenden möchten wir zwei Varianten der neo-institutionalistischen Theorie analytisch unterscheiden und vorstellen: die neo-institutionalistische Organisationstheorie und die umfassendere Gesellschaftstheorie des world polity-Ansatzes.<sup>2</sup> Auch wenn die Auseinandersetzung mit dem letztgenannten Ansatz im Vordergrund steht, erscheint es uns wichtig, zunächst in die Grundzüge der neo-institutionalistischen Organisationstheorie einzuführen.

## 2 Neo-institutionalistische Organisationstheorie

Im Unterschied zur klassischen Institutionentheorie in der Soziologie ist der Bezugspunkt, auf den sich die Gesellschaft und ihre Regelwerke beziehen, in der neo-institutionalistischen Organisationstheorie nicht in erster Linie das Individuum, sondern die Organisation. Dies liegt einerseits am Gegenstand der neo-institutionalistischen Organisationstheorie, die in den weiteren Kontext der interdisziplinären Organisationsforschung eingebettet ist (Scott 2001; Walgenbach/Mayer 2008; Greenwood et al. 2008). Andererseits gibt es für diesen unterschiedlichen Ausgangspunkt der Theoriebildung auch ein systematisches Argument. Dieses besteht darin, dass gesellschaftshistorisch betrachtet mehr und mehr gesellschaftliche Handlungsfähigkeit durch und in Organisationen erzeugt wird. So basiert das Wirtschaftsleben nicht mehr primär auf Familienhaushalten, sondern auf Unternehmen. Wissenschaftliche und technologische Innovationen vollziehen sich in Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Forschungslaboratorien der Industrie, während die Bedeutung einzelner Tüftler, die in ihren Kellern oder Garagen herumbasteln, für den Innovationsprozess abnimmt. Ebenso wird die Kleinkindbetreuung, um eine aktuelle gesellschaftliche Kontroverse aufzugreifen, verstärkt auf entsprechende Organisationen mit geschultem Personal verlagert. Diese Beispiele, die die gestiegene Bedeutung von Organisationen für die moderne Gesellschaft verdeutlichen sollen, ließen sich beliebig fortsetzen. Kein gesellschaftlicher Bereich – von Familienbeziehungen bis zu Freizeitaktivitäten – ist

<sup>2</sup> Die im Folgenden getroffene Unterscheidung zwischen einer organisationstheoretischen und einer gesellschaftstheoretischen Variante des Neo-Institutionalismus ist in erster Linie analytisch zu verstehen. Vor allem neuere Sammelbände stellen den Zusammenhang zwischen beiden Forschungssträngen explizit her (Drori et al. 2006; Djelic/Sahlin-Andersson 2006).

heutzutage mehr denkbar, in dem Organisationen keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Die besondere Bedeutung von Organisationen für die moderne Gesellschaft, die in sämtlichen Handlungsbereichen zu beobachten ist, bedeutet aus Sicht der neo-institutionalistischen Organisationstheorie jedoch nicht, dass Organisationen nun zur „unabhängigen Variable“ der gesellschaftlichen Entwicklung werden. Im Gegenteil: Organisationale Handlungen und Entscheidungen sind nicht das Ergebnis autonomer Wahl. Sie sind ohne den Rekurs auf ihre gesellschaftliche Umwelt und die dort vorherrschenden Regeln gar nicht denkbar. In diesem Sinne sind Organisationen – ebenso wie Individuen in der klassischen Institutionentheorie – eher als „abhängige Variable“ der sie umgebenden Gesellschaft und ihrer Regeln zu verstehen. Dieser Grundgedanke wurde vor allem in zwei mittlerweile klassischen Aufsätzen, Meyer/Rowan (1977) und DiMaggio/Powell (1983), herausgearbeitet, die als Meilensteine der neo-institutionalistischen Organisationstheorie gelten.

Ausgangspunkt des Aufsatzes von Meyer/Rowan (1977) ist die an Max Weber anschließende Frage, warum Organisationen formal-rationale Strukturen – wie die Festlegung von Zuständigkeiten und Kommunikationswegen oder die Buch- und Aktenführung – herausbilden. Die neo-institutionalistische Antwort lautet, dass Organisationen dies nicht tun, um ihre internen Handlungs- und Entscheidungsprozesse möglichst effektiv und effizient zu strukturieren. Vielmehr geht es darum, gesellschaftlich institutionalisierten Vorstellungen zu entsprechen, um darüber Legitimität in der gesellschaftlichen Umwelt der Organisation zu erzielen. Formalstrukturen in Organisationen, wie die zuvor benannten Weberschen Insignien der Bürokratie, aber auch moderne Managementkonzepte, sind also vor allem nach außen gerichtet. Organisationen müssen den darin zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Rationalitätserwartungen – von Meyer/Rowan als „Mythen“ bezeichnet – entsprechen, um ihr Überleben zu sichern. Diese Erwartungskonformität bleibt jedoch eher äußerlich. Formalstrukturen leiten die tatsächlichen Abläufe in der Organisation, die Aktivitätsstruktur, nur sehr begrenzt an und sind mit dieser Ebene nur sehr lose verbunden. Man hat es also mit zwei Ebenen der organisationalen Wirklichkeit zu tun. Während man sich auf der Ebene der Formalstrukturen an veränderte Umwelterwartungen rasch und geradezu rituell anpassen kann, findet auf der Ebene der Aktivitätsstruktur „business as usual“ statt.

Mit dem Beitrag von Meyer/Rowan (1977) wurde ein dezidiert gesellschaftsorientierter Blick auf Organisationen, wie er für den Neo-Institutionalismus typisch ist, etabliert. Das Entstehen und Überleben von Organisationen wird durch ihre gesellschaftliche Legitimität erklärt, also über die Konformität mit in der gesellschaftlichen Umwelt institutionalisierten Erwartungen. Hierin kann man eine Parallele zur klassischen Institutionentheorie sehen, die sich allerdings auf die gesellschaftliche Einbettung individueller Akteure konzentriert hatte. Zugleich wird deutlich, dass nach Ansicht der neo-institutionalistischen Organisationstheorie im Unterschied zu ihren ideengeschichtlichen Vorläuferinnen in Deutschland und den USA die Möglichkeit besteht, gegenüber institutionellen Vorgaben auf Distanz zu gehen. Diese Möglichkeit der Distanzierung ermöglicht Freiheitsgrade. Sie kommt darin zum Ausdruck, dass Organisationen institutionelle Vorgaben lediglich symbolisch befolgen können, indem sie sie in der Formalstruktur abbilden, ohne ihre Aktivitätsstruktur entsprechend zu ändern. Die Betonung einer lediglich losen Kopplung zwischen Formal- und Aktivitätsstruktur relativiert die Bindungswirkung institutioneller Vorgaben in einem Maße, wie es im Rahmen der klassischen Institutionentheorie nicht vorgesehen war. Hierin zeigt sich vor allem der Ein-

fluss Erving Goffmans (1979), der – allerdings im Hinblick auf Individuen – zwischen der Vorder- und der Hinterbühne des Verhaltens unterschied.

Der Beitrag von Meyer/Rowan (1977) stellt den Ausgangspunkt für zahlreiche empirische Forschungen dar, die sich mit der legitimatorischen Bedeutung gesellschaftlich institutionalisierter Vorstellungen, ihrer Abbildung in den Formalstrukturen von Organisationen sowie den organisationalen Effekten veränderter Formalstrukturen beschäftigt haben. Die in dem Aufsatz vertretenen Thesen wurden später in konzeptioneller und theoretischer Hinsicht vielfach kritisiert und überarbeitet (vgl. hierzu nur Perrow 1985; Powell 1991; Türk 1997, S. 131ff.). Moniert wurden u.a. das zu offene Verständnis von „gesellschaftlicher Umwelt“ sowie die fehlende Angabe der Mechanismen, durch die diese Umwelt auf die Organisation einwirkt und zur formalen Anpassung führt.

Der Beitrag von DiMaggio/Powell (1983) leistet eine Spezifizierung in beiden Hinsichten. Erstens wird hier unter „gesellschaftlicher Umwelt“ das organisationale Feld verstanden, in dem sich die zu untersuchende Organisation bewegt. Dieses Feld setzt sich ebenfalls aus Organisationen zusammen, und zwar aus all den Organisationen, die die relevante Umwelt der Organisation bilden. Wenn man eine Wirtschaftsorganisation untersucht, besteht das organisationale Feld z.B. aus konkurrierenden Firmen, Zulieferer- und Abnehmerbetrieben sowie politisch-regulativen Instanzen. Zwischen diesen Organisationen kommt es zu Strukturangleichungsprozessen. Hierfür verwenden sie den Ausdruck „institutionelle Isomorphie“. Zweitens benennen DiMaggio/Powell (1983) in ihrem theoretisch-konzeptionellen Beitrag drei konkrete Mechanismen, die diese Angleichung hervorrufen: Zwang, Imitation und normativer Druck.

Durch Zwang hervorgerufene Isomorphie entsteht vor allem durch staatliche Vorgaben, die sich in bindenden Rechtsvorschriften niederschlagen. Das gemeinsame Operieren in rechtlichen Umwelten führt zur Strukturangleichung von Organisationen; Beispiele sind etwa die durch das Steuerrecht erzwungene Buchführung, der durch das Haftungsrecht erforderliche Versicherungsschutz oder die durch das Vereinsrecht notwendige Ausarbeitung von Satzungen. Dies sind klassische und bereits von Weber in aller Deutlichkeit herausgestellte Aspekte der organisationalen Verrechtlichung. Darüber hinaus sind jedoch auch neuere Entwicklungen zu beobachten, die den durch Recht erzwungenen Strukturangleichungsprozess beschleunigen. Man denke hierbei insbesondere an die Berücksichtigung gesellschaftlich institutionalisierter Wertvorstellungen hinsichtlich Frauen-, Minderheiten- und Umweltbelangen im Recht, die organisationsübergreifend u.a. in der Etablierung von Stellen und der Benennung von Beauftragten ihren Ausdruck finden. „Mimetischer Isomorphismus“ bzw. Imitation ist ein typischer Angleichungsmechanismus bei hoher Unsicherheit. Unklare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, heterogene Umwelterwartungen und der Mangel an eindeutigen Problemlösungstechnologien führen zu Prozessen wechselseitiger Beobachtung und Imitation. Als besonders erfolgreich und legitim wahrgenommene Modelle diffundieren daher rasch über Organisationsgrenzen hinweg; sie gelten als „Blaupause“ für andere Organisationen im Feld und bewirken deren Konvergenz. Als dritter Mechanismus zur Herstellung von Isomorphie wird normativer Druck identifiziert. Normativer Druck wird insbesondere durch Professionen erzeugt. Sie liefern ihren Angehörigen einen Orientierungsrahmen, der normative Bindungen entfaltet und zur Bevorzugung spezifischer, fall- und organisationsübergreifender Problemlösungsmuster führt. Die Etablierung derartiger Muster in organisationalen Feldern vollzieht sich zum einen über Personalselektion, zum anderen über Professionsvereinigungen. Die – allerdings allmählich ab-

nehmende – Dominanz von Verwaltungsjuristen in sämtlichen deutschen Ministerien stellt ein gutes Beispiel für institutionelle Isomorphie durch Personalselektion dar; ebenso wird die Definition legitimer Problemlösungsmuster im Organisationsfeld „Gesundheitswesen“ in hohem Maße durch ärztliche Professionsvereinigungen geprägt.

Diese beiden Aufsätze von Meyer/Rowan (1977) und DiMaggio/Powell (1983) gelten als Meilensteine der neo-institutionalistischen Organisationstheorie. Sie haben zahlreiche Forschungen angestoßen, in denen die Prägung organisationalen Handelns und Entscheidens durch die in ihrer gesellschaftlichen Umwelt institutionalisierten Erwartungen untersucht wurde. Diese Prägung konnte empirisch für ganz unterschiedliche Organisationen – Museen, Verlagshäuser, Verwaltungsorganisationen, Wirtschaftsunternehmen – aufgezeigt werden (vgl. Hasse/Krücken 2005, S. 33 ff.). Zwei Beispiele aus der eigenen Forschung konkretisieren die zuvor benannten theoretischen Zusammenhänge.

Mit Hilfe der in Meyer/Rowan (1977) entwickelten Überlegungen konnte gezeigt werden, warum universitäre Technologietransferstellen in Universitäten nur eine sehr begrenzte Rolle spielen (Krücken 2003). Transferstellen wurden in den 1980er Jahren an deutschen Universitäten flächendeckend aufgebaut. Es handelt sich hierbei um spezialisierte Einrichtungen, die den Transfer von Wissen und Technologien zwischen Universitäten und Unternehmen beschleunigen sollten. Mit Hilfe von Interviews, die mit viel statistischem Material und Textdokumenten unterfüttert werden konnten, ließ sich zeigen, dass universitäre Transferstellen ein klassisches Beispiel für eine nach außen sichtbare Formalstruktur der Organisation sind, die mit der Aktivitätsstruktur nur sehr lose verbunden ist. Die Gründung der Transferstellen erfolgte in dem untersuchten Bundesland nicht aufgrund des Versuchs, die Transferprozesse selbst und die darauf bezogenen universitären Entscheidungsstrukturen zu verbessern. Vielmehr ging der Impuls eindeutig von der Umwelt der Universitäten aus. Fast alle Befragten betonten, dass es das Wissenschaftsministerium war, das von den Universitäten mehr Aktivitäten in dem Bereich einforderte. Universitäten reagierten darauf, indem sie diese nach außen, d.h. vor allem für das Ministerium sichtbaren Formalstrukturen etablierten. Auf der Ebene der Aktivitätsstruktur konnte solchermaßen „business as usual“ stattfinden, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens gaben die meisten Universitätsleitungen keine Aufwertung des Transfergedankens für die Gesamtorganisation zu erkennen. Zweitens umgehen transferorientierte Professoren in der Regel die Transferstellen und setzen nach wie vor auf persönliche und zumeist dyadische Beziehungen zu Unternehmen. Damit schützt die Formalstruktur „Transferstelle“ nicht nur das eher geringe Interesse auf Seiten der Universitätsleitungen, sondern auch die tatsächlichen Transferaktivitäten vor der externen Beobachtung und Kontrolle.

Der Ansatz von DiMaggio/Powell (1983) verdeutlicht die Triebkräfte und Dynamik der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge im organisationalen Feld, in dem sich deutsche Hochschulen bewegen (Krücken 2007). Unter Berücksichtigung der Mechanismen „Zwang“, „Mimese“ und „normativer Druck“ lässt sich die rasche Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge analytisch erfassen und erklären. So spielt der staatliche Zwang aus Sicht ganz unterschiedlicher Interviewpartner im „organisationalen Feld“ die zentrale Rolle in dem Umstellungsprozess. Auch mimetische Prozesse sind von Bedeutung. Dies gilt einerseits für direkte Verhaltensabstimmungen zwischen Hochschulen in spezifischen regionalen Settings. Andererseits ließen sich fächerspezifische Beobachtungs- und Abstimmungsprozesse aufspüren, in denen eine starke Orientierung an Trendsettern stattfand. Hinsichtlich des normativen Drucks sind vor allem die neu geschaffenen Akkre-

ditierungsagenturen hervorzuheben, die allerdings nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur staatlichen Steuerung wahrgenommen werden. Die meisten neo-institutionalistischen Studien, die mit dem neo-institutionalistischen Konzept von DiMaggio/Powell (1983) arbeiten, betonen mimetische Prozesse zwischen strukturell gleichartigen Organisationen (vgl. Mizuchi/Fein 1999). Demgegenüber sind in dem hier analysierten organisationalen Feld vor allem direkte staatliche Vorgaben von zentraler Bedeutung, die den Diffusionsprozess forcieren.

Diese Beispiele sollten verdeutlichen, dass man Grundannahmen der neo-institutionalistischen Organisationstheorie als Anregung für eigene empirische Untersuchungen nutzen kann. Die theoretisch-konzeptionelle Entwicklung des Ansatzes weist eine deutliche Dynamik auf, die über die ursprünglichen Prämissen hinausreicht. Dies wird deutlich, wenn man die beiden wichtigsten Sammelbände miteinander vergleicht. Der 1991 von Walter Powell und Paul DiMaggio herausgegebene Sammelband „The New Institutionalism in Organizational Analysis“ umfasst klassische Beiträge, wie die beiden zuvor Vorgestellten, ebenso wie empirische Anwendungen und theoretische Weiterentwicklungen. Dieser Band war für die Kanonisierung und Konsolidierung der neo-institutionalistischen Organisationstheorie von erheblicher Bedeutung. Das kürzlich erschienene „Handbook of Organizational Institutionalism“ (Greenwood et al. 2008) belegt demgegenüber die seit den 1990er Jahren einsetzende Öffnung und Pluralisierung des Ansatzes, die sich aus der verstärkten Rezeption anderer Theorieansätze (u.a. kritische Theorie, Netzwerktheorie, Praxistheorie, Systemtheorie) ergibt.

### 3 Neo-institutionalistische Gesellschaftstheorie

So wichtig der institutionentheoretische Ansatz für die Weiterentwicklung der Organisationssoziologie auch sein mag: Mit dem weitgehenden und bewussten Verzicht auf eine makrosoziologische und sozialtheoretische Perspektive geht der ursprüngliche Anspruch institutionalistischen Denkens, einen grundlegenden Beitrag zur allgemeinen Theorie des Sozialen und zur Theorie der Gesellschaft zu leisten, verloren. Diese Ausrichtung auf einen klar umrissenen Gegenstand („Organisationen“), an dem Theorien mittlerer Reichweite erfolgreich erprobt werden, hängt sicherlich mit der Diskreditierung von „grand theories“ in der amerikanischen Soziologie nach dem Zusammenbruch des von Talcott Parsons entwickelten strukturfunktionalistischen Paradigmas zusammen. Die so genannte „world polity“-Forschung stellt demgegenüber die makrosoziologische und sozialtheoretisch ambitioniertere Variante innerhalb des Neo-Institutionalismus dar. Unbeeindruckt von sämtlichen theoretischen Strömungen und Moden der letzten Jahre arbeiten der Stanforder Soziologe John Meyer und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter schon seit den 1970er Jahren an einer eigenständigen „grand theory“, die vor allem im Rahmen der neueren Globalisierungs- und Weltgesellschaftsdiskussion breite Anerkennung erfährt. Sie basiert auf der originellen Synthetisierung und Weiterentwicklung soziologischer Theorietraditionen und wurde im Rahmen zahlreicher Forschungsprojekte empirisch umgesetzt (vgl. Meyer 2005a). Im Folgenden sollen Grundannahmen und Forschungsergebnisse der neo-institutionalistischen Gesellschaftstheorie vorgestellt werden.

Zunächst zum Begriff der „world polity“, der Missverständnisse hervorrufen kann. Es handelt sich hierbei nicht um den politikwissenschaftlichen Fachterminus, mit dem im



Unterschied zu „politics“ und „policies“ die institutionelle Dimension territorial verfasster politischer Systeme – Verfassungen, Parlamente, Wahlen etc. – bezeichnet wird. Dass die institutionelle Dimension im „world polity“-Ansatz nicht auf staatliche Grenzen bezogen ist, wird in der ersten Hälfte des Labels zum Ausdruck gebracht. Es geht jedoch nicht in erster Linie um die Analyse von politisch-institutionellen Faktoren auf der globalen Ebene, sondern vielmehr um grundlegende kulturelle Deutungsmuster der Gesellschaft. Der Status der „world polity“ ist im Wesentlichen virtuell. Sie ist, um einen Begriff von Benedict Anderson (1983) in verfremdender Absicht zu benutzen, eine „imagined community“, eine überindividuelle Vorstellungswelt, die sich gerade nicht an konkreten Akteuren festmachen lässt. Gegenstand der „world polity“-Forschung ist die weltweite Diffusion kultureller Prinzipien der Moderne und hierauf bezogener Strukturformen, die „vormoderne“ kulturelle Orientierungen und Organisationsformen des Sozialen verdrängen. Zu diesen Prinzipien zählen insbesondere Zweckrationalität, Fortschrittsglauben, universalistische Fairness- und Gerechtigkeitsnormen, Weltbürgertum sowie freiwillige und selbstorganisierte Handlungsfähigkeit. Inhaltlich liegt es also nahe, den Begriff „world polity“ im Deutschen mit „Weltkultur“ zu übersetzen. „Kultur“ gilt im „world polity“-Ansatz als die zentrale Kategorie zur Erklärung sozialer Prozesse und Strukturen. Dem liegt ein sehr breiter Kulturbegriff zugrunde. Kultur wird weder auf die expressiven Dimensionen des Sozialen verkürzt, noch gilt Kultur als ein Gesellschaftsbereich neben anderen. Kultur wird vielmehr als zumeist implizit bleibendes Hintergrundwissen verstanden, das allen sozialen Praktiken zugrunde liegt. Grundlegend handelt es sich bei dem theoretischen Ansatz der „world polity“-Forschung also um eine makrosoziologische Kulturtheorie der Moderne. Da sich dieser Ansatz aus ganz unterschiedlichen Quellen speist, wird im nächsten Schritt eine knappe theoriegeschichtliche Einbettung vorgenommen, die der Verdeutlichung der Grundannahmen dient.

Ideengeschichtlich stellt die „world polity“-Forschung ein Amalgam aus ganz unterschiedlichen soziologischen Theorietraditionen dar. Auffallend ist zunächst die ausführliche positive Bezugnahme auf die Arbeiten von Émile Durkheim und Max Weber. Mit Durkheim wird eine dezidierte Makroperspektive auf die Gesellschaft eingenommen, in der kollektive Mythen, Sakralisierungen, Rituale und Symbole eine zentrale Rolle spielen. Damit werden erstens Aspekte von Sozialität hervorgehoben, die bei der Analyse der modernen Gegenwartsgesellschaft zumeist von eher untergeordneter Bedeutung erscheinen und folglich vor allem in kulturanthropologischen Forschungen betont werden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass diejenige Autorin in der zeitgenössischen Sozialtheorie, die neben Meyer diese von Durkheim ererbte Bezugnahme auf Mythen, Sakralisierungen, Rituale und Symbole im Rahmen eines Makro-Ansatzes bis zu ihrem Tod im Jahr 2007 am Klarsten fortgeführt hat, die britische Kulturanthropologin Mary Douglas war (vgl. Douglas 1991). Zweitens entwickelten Durkheim und die hier diskutierte Variante des Neo-Institutionalismus ihre Überlegungen zur Grundstruktur einer Gesellschaft, in der das Individuum als „einzig aktives Element“ (Durkheim) bzw. „institutioneller Mythos“ (Meyer) von überragender Bedeutung erscheint, in grundlegender Opposition zu individualistischem und utilitaristischem Gedankengut. Für Durkheim steht die Auseinandersetzung mit Theorien des Gesellschaftsvertrags, der bürgerlichen Gesellschaft und der Individualpsychologie seiner Zeit im Vordergrund. Analoges gilt für Meyer, der seinen Ansatz in deutlicher Abgrenzung zu atomistischen Konzepten der internationalen Politik, zum dominanten Marxismus der 1970er Jahre und zu Theorien rationaler Wahl entwickelt hat.

Mit Weber wird der Stellenwert formaler Organisationen für die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik betont. Weber und der „world polity“-Ansatz widersprechen damit einerseits den Gesellschaftstheorien, die in Individuen, Gemeinschaften, Interaktionssystemen oder sozialen Gruppen und Bewegungen den analytischen Gegenpol zum umfassenden Gesellschaftssystem sehen und die Strukturbildungseffekte von Organisationen außer Acht lassen. Andererseits wird Gesellschaft keineswegs auf ihre Organisationen reduziert und als Organisationsgesellschaft verstanden. Im Gegenteil: Für Weber wie auch für den neo-institutionalistischen „world polity“-Ansatz sind Organisationen nicht die Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern deren Ergebnis, Träger und Verstärker, indem sie selbst in umfassende Rationalisierungsprozesse eingebunden sind. Hier besteht eine deutliche Parallele zur neo-institutionalistischen Organisationstheorie, die Meyer selbst mit einem frühen Aufsatz (Meyer/Rowan 1977), der allerdings noch keine dezidiert gesellschaftstheoretische Ausrichtung aufwies, geprägt hat. Für die in dieser Variante des Neo-Institutionalismus noch fehlende breitere gesellschaftstheoretische Einbettung steht Webers Programm der okzidentalischen Rationalisierung. Damit ist beiden Forschungsprogrammen gemeinsam, die Moderne als ein Projekt zu sehen, dessen Ursprünge in der kulturellen Ordnung der westlichen Gesellschaft liegen. Webers Rationalisierungstheorie wird in der neo-institutionalistischen Gesellschaftstheorie jedoch in zweierlei Hinsicht inhaltlich erweitert. Zum einen werden die im Prozess der Rationalisierung diffundierenden kulturellen Grundüberzeugungen weiter gefasst als bei Weber. So spielen der Universalismus der Werte sowie der Wert der Individualität eine fundamentale Rolle. Zum anderen mündet die Rationalisierungstheorie in eine Globalisierungstheorie ein. Im „world polity“-Ansatz wird der prinzipiell un abgeschlossene Rationalisierungsprozess als Globalisierungsprozess verstanden. In seinem Verlauf breiten sich grundlegende okzidentale Strukturmuster, die in Form des Nationalstaates, der formalen Organisation und des rationalen Individuums als gesellschaftliche Akteure in Erscheinung treten, über den gesamten Erdball aus. Beschleunigt wird dieser Diffusionsprozess dadurch, dass diese Strukturmuster bzw. deren Verdichtung zu Akteuren mythisch überhöht, mit Symbolen unterlegt und ritualisiert in Szene gesetzt werden. Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass die originelle Synthetisierung und Weiterentwicklung von Grundeinsichten Durkheims und Webers den intellektuellen Kern der neo-institutionalistischen Gesellschaftstheorie bildet.

Das Verhältnis zur Soziologie der 1960er und 1970er Jahre, also der Zeit, in der Vorarbeiten und erste Formulierungen des Ansatzes geleistet wurden, stellt sich wesentlich ambivalenter dar. Gegenüber marxistischen Ansätzen, die vom Primat der Ökonomie ausgehen, wird die strukturbildende Kraft von Politik, Bildung, Wissenschaft und Recht betont. Diese selbst sind ebenso wie die Ökonomie jedoch nicht als unabhängig wirkende Kräfte zu verstehen, sondern nur im Rahmen des umfassenderen kulturellen Deutungssystems, das im Prozess der okzidentalischen Rationalisierung entstanden ist. Wie bereits einleitend erwähnt, ist auch das Verhältnis zu den bis in die 1960er Jahre dominanten institutionalistischen Ansätzen eher durch Abgrenzung geprägt. Damit werden insbesondere die von der Parsonsschen Theorie bereit gestellten Ressourcen nicht adäquat gewürdigt. So wird die gesellschaftliche Verpflichtung zur und die Standardisierung von Individualität, die in der „world polity“-Forschung dadurch betont wird, dass man das Individuum als eine der drei zentralen Strukturformen der Moderne identifiziert, in Parsons' Konzept des „institutionalized individualism“ (Parsons/White 1968) vorweggenommen. Ebenso wenig erscheint es zufällig, dass die stark von Parsons inspirierte Kulturtheorie der Moderne von Richard



Münch (1991, S. 27ff.) aus genau den vier Grundpfeilern – Rationalismus, Individualismus, Universalismus, instrumenteller Aktivismus – besteht, denen auch im Rahmen der neo-institutionalistischen Gesellschaftstheorie besondere Relevanz eingeräumt wird.

Positiver ist der Bezug auf post-Parsonianische Theorietraditionen in der amerikanischen Soziologie. Die Ausweitung des Institutionenbegriffs und seine wissenssoziologische Fundierung gehen eindeutig auf Berger/Luckmann (1969) zurück; die Betonung der Allgegenwärtigkeit nicht-hinterfragter Grundüberzeugungen verdankt sich Einsichten der Ethnomethodologie Harold Garfinkels (1967); und ganz im Sinne der Soziologie Erving Goffmans (1967, 1974) sind Stilisierungen, Halbwahrheiten und Täuschungen ein notwendiger Bestandteil der Reproduktion des Sozialen, ohne die sich wechselseitige Normalitätsunterstellungen auf Dauer nicht aufrecht erhalten lassen. In Abgrenzung von den beiden letztgenannten Autoren werden die Überlegungen jedoch nicht in Richtung einer an Interaktionsbeziehungen zwischen Individuen orientierten Mikrosoziologie ausgebaut. Im Gegenteil: Der neo-institutionalistische „world polity“-Ansatz ist dezidiert makrosoziologisch. Aus dieser Perspektive erscheint die Gesellschaft als die zentrale Ebene der Erzeugung sozialer Wirklichkeit, da hier die entscheidenden kulturellen Vorgaben generiert werden, die dann unter anderem in Interaktionssystemen übernommen und kontextuell variiert werden. Daraus folgt, dass die Vorstellung eines sinnhaften Aufbaus der Gesellschaft „von unten nach oben“ zurückgewiesen wird. Ebenso wenig wie die Gesellschaft als Organisationsgesellschaft zu verstehen ist, lässt sie sich als Summe lokaler Interaktionen begreifen.

Da Handlungsfähigkeit aus Sicht der „world polity“-Forschung nur im Rahmen eines übergreifenden kulturellen Deutungssystems zu verstehen ist, steht die Konstitution von Akteuren im Zentrum zahlreicher theoretischer und empirischer Analysen (grundlegend Meyer/Jepperson 2005). Es sind nicht Akteure und ihre Interessen, die die Gesellschaft konstituieren („bottom up“), sondern es verhält sich umgekehrt: In fortwährenden Rationalisierungsprozessen erzeugt die Gesellschaft – hier verstanden als überindividuelle Vorstellungswelt der „world polity“, die sich aus den kulturellen Grundprinzipien der westlichen Moderne zusammensetzt – die sie bevölkernden Akteure („top down“). Akteure wie der Nationalstaat, die formale Organisation und das rationale Individuum sind also nicht als fixe und vorgegebene Einheiten vorauszusetzen, sondern das Ergebnis weltkultureller Rationalisierungsprozesse. Auf dieser Grundannahme bauen notwendige Präzisierungen und spannende theoretische Diskussionen auf, die wir im Folgenden stichwortartig benennen möchten.

Wie zuvor bereits erwähnt, kennt die Moderne aus Sicht des „world polity“-Ansatzes drei Typen von Akteuren: Individuen, Organisationen, Staaten. Diese setzen sich auf Kosten anderer Formen der Organisation von Handlungsfähigkeit (Clans, Familien, Gruppen etc.) durch. So lässt sich dem Ansatz zufolge eine Vervielfältigung individueller, organisationaler und staatlicher Akteure beobachten. Vor allem mit der These einer Konstitution des Individuums in fortwährenden Rationalisierungsprozessen wird der Gegenstandsbereich institutionalistischer Analysen in der Soziologie erweitert. Dass Individuen als selbstständige Handlungsträger und nicht vornehmlich als Teile übergreifender sozialer Einheiten in Erscheinung treten, wird als langfristiger und historisch unabgeschlossener Prozess verstanden. Erst gesellschaftliche Modernisierung schafft die Voraussetzung dafür, dem Individuum als Handlungsträger einen Akteursstatus zuzuschreiben und den Druck traditionaler Gemeinschaftsstrukturen, in die der Einzelne hineingeboren wird, zu lockern. Institutionen sind hier weit mehr als lediglich „Spielregeln“ für Akteure – so die berühmte institutionen-

ökonomische Definition von Douglass North (1990), die auch von soziologischer Seite häufig übernommen wird (Brinton/Nee 1998). Aus der gesellschaftstheoretischen Perspektive des Neo-Institutionalismus heißt es vielmehr: „[So] hat die moderne Gesellschaft die Identität von Bürgern und Bürgerinnen, Konsumenten und Konsumentinnen, Arbeitern und Arbeiterinnen, Kindern, Ehepartnern usw. institutionell transformiert. In jedem einzelnen Fall haben sich mehr Dinge geändert als lediglich die Spielregeln – die Spieler selbst sind nun andere, mit anderen Werten, Wissensgrundlagen, Zielen und Interessen“ (Meyer 2005b, S. 10).

Ähnliches gilt für Organisationen und Staaten, die historische Erfindungen darstellen und deren schiere Zunahme als Trend ungebrochen ist. So prägt der Handlungsträger „Organisation“ – wie bereits von der neo-institutionalistischen Organisationstheorie herausgearbeitet – sämtliche Bereiche der Gesellschaft und bestimmt – von der Kindertagesstätte bis zum Altenheim – den Lebenszyklus des Einzelnen. Ebenso zeigt sich vor allem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein dramatischer Anstieg der Gründung von Nationalstaaten. Staatlichkeit avanciert zunehmend zur einzig legitimen Form der Artikulation territorialer Interessen im Rahmen der internationalen Politik, wie das Streben von Unabhängigkeitsbewegungen zeigt, deren Ziel zumeist die Gründung eines eigenen Staates ist.

Es würde jedoch zu kurz greifen, die Vervielfältigung von Akteuren mit deren Autonomisierung in eins zu setzen. Denn in der Perspektive der „world polity“-Forschung können Akteure über ihre Mittel und Zwecke nicht nach Belieben verfügen, sondern gelten als „scripted“, das heißt, sie werden nur dann als Akteure anerkannt, wenn sie sich dem externen gesellschaftlichen Drehbuch der „world polity“ entsprechend verhalten. Individuen gelten nur dann als legitime Akteure, wenn sie sich dem gesellschaftlichen Konformitätsdruck unterwerfen. Hier ist nicht nur an langfristige gesellschaftliche Entwicklungstrends in Richtung Affektkontrolle und Selbstdisziplinierung zu denken, sondern auch an Ratgeber ganz unterschiedlicher Art (Selbsthilferatgeber, Therapeuten, Lehrbücher etc.), die in Bereichen wie Gesundheit, Sexualität und Altersvorsorge die Diffusion gesellschaftlich anerkannter „scripts“ vorantreiben.

Für Organisationen und Staaten gilt dasselbe. Wie bereits von Seiten der neo-institutionalistischen Organisationstheorie hervorgehoben wurde, sind Organisationen gezwungen, sich so darzustellen, dass sie von ihrer Umwelt als legitime Akteure anerkannt werden können. Folglich werden sowohl bürokratische Elemente als auch die Offenheit gegenüber modernen Managementkonzepten nach außen hin demonstrativ in Szene gesetzt. Dieser Konformitätsdruck führt dazu, dass nicht nur nationale, sondern auch sektorale Grenzen zwischen Organisationen immer durchlässiger werden. So nutzt es, um wieder ein Beispiel aus dem eigenen Forschungskontext zu erwähnen, deutschen Universitäten gegenwärtig wenig, im Rekurs auf „von Humboldt“ an die Besonderheit der deutschen Universität zu appellieren. Vielmehr werden Universitäten als Organisationen verstanden, die sich im internationalen Wettbewerb positionieren müssen und die zu diesem Zweck sowohl Universitätsmodelle anderer Länder als auch Managementkonzepte und Organisationsformen aus Wirtschaftsunternehmen zu kopieren versuchen (vgl. Krücken/Meier 2006). Ebenso müssen moderne Staaten formale Strukturen wie Verfassungen und eine breite Palette an Ministerien etablieren, in einer Vielzahl internationaler Organisationen mitwirken, weltweit standardisierte Datenerfassungssysteme übernehmen, individuelle Schutz- und Menschenrechte gewährleisten und weltweiten Moden unterworfenen Vorstellungen über wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen, um als legitime gesellschaftliche Akteure ihren Platz im

System der Weltgesellschaft zu finden; und auch hier sieht man den (Selbst-)Zwang zur nach außen gerichteten Inszenierung (vgl. Meyer et al. 2005).

Überlegungen zur Akteurskonstitution in der „world polity“ bleiben jedoch nicht nur auf einer theoretischen Ebene, sondern werden auch auf vielfältige Art und Weise in empirische Forschung umgesetzt. So versucht man aufzuzeigen, wie die zuvor benannten „world polity“-Prinzipien Fortschrittsglaube, Individualismus und Universalismus in den Problem-bereichen „Bildung“ und „Menschenrechte“ ineinanderwirken und mit der Konstitution von Individuen, Organisationen und Staaten korrelieren (Boli/Thomas 1999; Drori et al. 2003). Getragen von diesen Prinzipien avancieren Bildung und Menschenrechte zu zentralen Leitvorstellungen im Selbstverständnis der modernen Gesellschaft. Die Implementierung dieser Leitvorstellungen basiert auf der sich gegenseitig verstärkenden Handlungsträgerschaft von Individuen, Organisationen und Staaten. Dies kann man sich folgendermaßen vorstellen: Individuen stellen den zentralen Bezugspunkt der Bildungs- und Menschenrechtspolitik dar. Ein universalistisches Konzept „individueller Rechte“ setzt Argumentationsmuster und Praktiken, die mit Bezug auf gesellschaftliche Traditionen oder gar „natürliche“ Unterschiede (etwa zwischen Mann und Frau) Bildungs- und Schutzrechte partikularistisch definieren und nur einzelnen Bevölkerungsgruppen zuerteilen, zunehmend unter Druck. Unterstützt wird dieser gesellschaftlich als Fortschritt gedeutete Prozess von einer Vielzahl an Organisationen, die sowohl auf der nationalen und internationalen als auch auf der Regierungs- und der Nicht-Regierungsebene angesiedelt sind. Schließlich betreiben Staaten eine aktive Bildungspolitik und sind der Hauptadressat der Menschenrechtspolitik. Dem entsprechend sehen sich Staaten gerade in diesen Politikbereichen vielfältiger Kritik ausgesetzt, von der Diskussion um die Ergebnisse der im Auftrag der OECD durchgeführten PISA-Studie bis zu der nicht nur in Deutschland gefürchteten Kritik von amnesty international.

An dem Beispiel von Bildungs- und Menschenrechtsorganisationen wird auch deutlich, dass in dem wechselseitigen Konstituierungsprozess von Individuen, Organisationen und Staaten internationalen Organisationen eine besondere Bedeutung zukommt. Sie sind Ergebnis, Träger und Verstärker gesamtgesellschaftlicher Rationalisierungsprozesse. Internationale Nicht-Regierungsorganisationen (INROs) symbolisieren den kulturellen Kern der „world polity“ und treten als weltweite Diffusionsagenten ihrer Prinzipien – von der kosmopolitischen und universalistischen Orientierung bis zu Handlungsprinzipien der Selbstorganisation und Zweckrationalität – in Erscheinung. Aus diesem Grund sind INROs, die weder über formale demokratische Legitimation noch über die Möglichkeit verfügen, rechtlich bindende Entscheidungen durchzusetzen, durchaus zentrale Akteure, wenn es darum geht, politisches Handeln in den Bereichen der Menschenrechts-, Bildungs- und Umweltpolitik zu erklären. In ähnlicher Weise wird in den Studien in Drori et al. (2003) argumentiert. Hier ist es die Wissenschaft, die mit ihrer kosmopolitischen, universalistischen und fortschrittsorientierten Ausrichtung zentrale Grundprinzipien der „world polity“ verkörpert und aus diesem Grund über eine hohe gesellschaftliche Legitimität verfügt und das Verhältnis von Staaten, Organisationen und Individuen prägt.

Festzuhalten bleibt, dass es sich bei der gesellschaftstheoretischen Variante des Neo-Institutionalismus um ein Forschungsprogramm handelt, dessen Ziel in der Verzahnung von theoretischer Reflexion und empirischer Forschung besteht. Interessanterweise werden methodisch vor allem quantitative Längsschnittuntersuchungen durchgeführt. Damit wird das nicht nur in der deutschsprachigen Diskussion beobachtbare Schisma von „spekulativer Metaphysik“ versus „uninspirierter Fliegenbeinzählerei“, so die häufig anzutreffende Cha-

rakterisierung der Gegenseite, überwunden. Theoretische Überlegungen zur Struktur und Dynamik der modernen Gesellschaft müssen also nicht mit qualitativ-rekonstruktiven Forschungsdesigns, sporadischen Illustrationen „am Fall“ oder ideengeschichtlichen Rekonstruktionen einhergehen, sondern können durchaus auf eigenen quantitativ-vermessenden Untersuchungen aufbauen und diese anleiten. Bei dieser theoretisch ambitioniertesten Variante der neo-institutionalistischen Theorie handelt es sich um eine makrosoziologische Kulturtheorie der modernen Gesellschaft, die ideengeschichtlich „auf den Schultern von Riesen“ steht und die sich vor allem gegen individualistische und rationalistische Theorieansätze in der Soziologie richtet.

## 4 Perspektiven

Theoretische Perspektiven des Neo-Institutionalismus identifizieren wir vor allem in zweierlei Hinsichten, die auf eine Erweiterung oder zumindest Präzisierung der begrifflich-konzeptionellen Grundlagen abzielen, um solchermaßen den Diskurs zwischen unterschiedlichen soziologischen Theorien zu intensivieren. Ansatzpunkte für diesen Diskurs bilden aus unserer Sicht das zugrunde liegende Verständnis von „Gesellschaft“ und „Handlung“ im Neo-Institutionalismus.

In gesellschaftstheoretischer Hinsicht wäre eine stärkere Auseinandersetzung mit makrosoziologischen und gesellschaftstheoretischen Ansätzen wünschenswert, die einen einheitlichen Begriff der modernen Gesellschaft, wie er dem neo-institutionalistischen „world polity“-Ansatz zugrunde liegt, in Frage stellen und diesbezügliche Alternativen entwickelt haben. Dies gilt einerseits für die Globalisierungsdiskussion, in der gegenwärtig vor allem das auf Einsichten S.N. Eisenstadts zurückzuführende Konzept der „multiple modernities“ von hoher Bedeutung ist (vgl. Eisenstadt 2000; Bonacker/Reckwitz 2007). Diese Diskussion, die die Heterogenität der Moderne und ihrer Entwicklungsverläufe betont, steht in Differenz zu den theoretischen Prämissen des „world polity“-Ansatzes, der im Einklang mit klassischen soziologischen Annahmen von einer im Singular verstandenen Moderne ausgeht, die als homogene und weltweit diffundierende Ordnung konzeptualisiert wird. Andererseits könnte der Neo-Institutionalismus aus unserer Sicht von einer stärkeren Auseinandersetzung mit differenzierungstheoretischen Überlegungen zu Struktur und Entwicklung der Gesellschaft profitieren, wie sie insbesondere im Rahmen der Systemtheorie Luhmanns entwickelt wurden (vgl. Luhmann 1997). Während hier die Gesellschaft über die Differenz eigenlogisch operierender Funktionssysteme (Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft etc.) bestimmt wird, liegt dem „world polity“-Ansatz die Annahme umfassender kultureller und systemübergreifender Rationalisierungsprozesse zugrunde. Auch wenn wir die Möglichkeiten einer theoretischen Integration von Annahmen makrosoziologischer Gesellschaftskonzepte, die auf Heterogenität und Differenzierung basieren, in den soziologischen Neo-Institutionalismus skeptisch einschätzen, so verspricht die wechselseitige Spiegelung und Brechung erhebliche Reflexionsgewinne, die sich darüber hinaus in konkrete Forschungsdesigns umsetzen lassen. So ließe sich an ganz unterschiedlichen Beispielen das Verhältnis von grenzüberschreitenden Institutionalisierungs- und Diffusionsprozessen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungspfaden und Systemlogiken, die diesen Prozessen gegenüberstehen, genauer untersuchen.

Komplementär hierzu gilt es, die handlungstheoretischen Grundlagen des Neo-Institutionalismus zu präzisieren und weiterzuentwickeln. Stand am Beginn ein Handlungsbegriff, der ganz im Sinne der klassischen Institutionentheorie die Nicht-Hinterfragbarkeit und geradezu reflexhafte Übernahme institutionalisierter Handlungsmuster als dominanten Handlungstypus verstand, so wird genau dies heutzutage von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern des Neo-Institutionalismus angezweifelt. Insbesondere im Bereich des organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus findet eine umfangreiche und kontrovers geführte Diskussion darüber statt, ob man nicht stärker strategische, interessen geleitete und instrumentelle Handlungsorientierungen bei individuellen und kollektiven Akteuren unterstellen müsse (vgl. Greenwood et al. 2008; Walgenbach/Meyer 2008, S. 115 ff.). So gibt es mittlerweile Dutzende von neo-institutionalistischen Studien, die derartige Handlungsorientierungen höher gewichten als diejenigen, die für (neo-)institutionalistische Ansätze in der Vergangenheit eher bestimmend waren. Eine theoretische Klärung steht noch aus, und die Frage ist auch für die Zukunft des soziologischen Neo-Institutionalismus von Bedeutung, denn mit einer solchermaßen angedeuteten Erweiterung geht einerseits ein Verlust an Eigenständigkeit einher, andererseits werden neue theoretische und empirische Perspektiven eröffnet. Die grundlegende Offenheit des Neo-Institutionalismus, unter dessen Dach sich sehr unterschiedliche Ansätze versammeln, wird vermutlich dazu führen, dass das abschließend skizzierte Spannungsverhältnis weder eindeutig gelöst noch zur Auflösung des soziologischen Neo-Institutionalismus führen wird. Ohnehin sehen wir in der neo-institutionalistischen Theorie weniger einen Ansatz, der in erster Linie zur Exegese einlädt, sondern um ein Theorieangebot, das vor allem dazu dienen soll, sich selbst mit Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu beschäftigen.

## Literatur

- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt/M.
- Boli, John/Thomas, George (1999): *World Polity Formation since 1875. World Culture and International Non-Governmental Organizations*, Stanford.
- Bonacker, Thorsten/Reckwitz, Andreas (Hrsg.) (2007): *Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart*, Frankfurt/M.
- Brinton, Mary/Nee, Victor (Hrsg.) (1998): *The New Institutionalism in Sociology*, New York.
- DiMaggio, Paul/Powell, Walter (1983): *The Iron Cage Revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields*, in: *American Sociological Review* 48, S. 147-160.
- DiMaggio, Paul/Powell, Walter (1991): *Introduction*, in: Walter Powell/Paul DiMaggio (Hrsg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago-London, S. 1-38.
- Djelic, Marie-Laure/Sahlin-Andersson, Kerstin (Hrsg.) (2006): *Transnational Governance. Institutional Dynamics of Regulation*, Cambridge.
- Douglas, Mary (1991): *Wie Institutionen denken*, Frankfurt/M.
- Drori, Gili/Meyer, John/Ramirez, Francisco/Schofer, Evan (2003): *Science in the Modern World Polity. Institutionalization and Globalization*, Stanford.
- Drori, Gili/Meyer, John/Hwang, Hoky (Hrsg.) (2006): *Globalization and Organization. World Society and Organizational Change*, Oxford.
- Durkheim, Émile (1980): *Die Regeln der soziologischen Methode*, Neuwied.

- Eisenstadt, S.N. (2000): Die Vielfalt der Moderne, Weilerswist.
- Garfinkel, Harold (1967): Studies in Ethnomethodology, Englewood-Cliffs.
- Goffman, Erving (1967): Interaction Ritual. Essays in Face-to-Face Behavior, New York.
- Goffman, Erving (1969): The Presentation of Self in Everyday Life, New York.
- Goffman, Erving (1974): Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience. Cambridge.
- Greenwood, Royston/Oliver, Christine/Suddaby, Roy/Sahlin, Kerstin (Hrsg.) (2008): The Sage Handbook of Organizational Institutionalism, Thousand Oaks-London.
- Hasse, Raimund (2003a): Wohlfahrtspolitik und Globalisierung. Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung, Opladen.
- Hasse, Raimund (2003b): Die Innovationsfähigkeit der Organisationsgesellschaft, Opladen.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2005): Neo-Institutionalismus (2., grundlegend erweiterte und überarbeitete Ausgabe), Bielefeld.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2008): Institution, in: Nina Baur/Hermann Korte/Martina Löw/Markus Schroer (Hrsg.), Handbuch Soziologie, Wiesbaden, S. 163-182.
- Krücken, Georg (2002): Amerikanischer Neo-Institutionalismus – europäische Perspektiven, in: Sociologia Internationalis 40, S. 227-259.
- Krücken, Georg (2003): Learning the ‚New, New Thing‘. On the Role of Path Dependency in University Structures, in: Higher Education 42, S. 315-339.
- Krücken, Georg (2005a): Einleitung, in: John Meyer, Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt/M., S. 7-16.
- Krücken, Georg (2005b): Der „world polity“-Ansatz in der Globalisierungsdiskussion, in: John Meyer, Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt/M., S. 299-318.
- Krücken, Georg (2007): Organizational Fields and Competitive Groups in Higher Education. Some Lessons from the Bachelor/Master Reform in Germany, in: management revue 18, S. 187-203.
- Krücken, Georg/Meier, Frank (2006): Turning the University into an Organizational Actor, in: Gili Drori/John Meyer/Hokyu Hwang (Hrsg.), Globalization and Organization. World Society and Organizational Change, Oxford, S. 241-257.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt/M.
- Meyer, John (2005a): Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt/M.
- Meyer, John (2005b): Einleitung, in: Raimund Hasse/Georg Krücken, Neo-Institutionalismus (2., grundlegend erweiterte und überarbeitete Ausgabe), Bielefeld, S. 5-12.
- Meyer, John/Jepperson, Ronald (2005): Die „Akteure“ der modernen Gesellschaft. Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft, in: John Meyer, Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt/M., S. 47-84.
- Meyer, John/Boli, John/Thomas, George/Ramirez, Francisco (2005): Die Weltgesellschaft und der Nationalstaat, in: John Meyer, Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt/M., S. 85-132.
- Meyer, John/Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations. Formal Structures as Myth and Ceremony, in: American Journal of Sociology 83, S.340-363.
- Mizruchi, Mark/Fein, Lisa (1999): The Social Construction of Organizational Knowledge. A Study of the Uses of Coercive, Mimetic and Normative Isomorphism, in: Administrative Science Quarterly 44, S. 653-683.
- Münch, Richard (1991): Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt/M.
- North, Douglass (1990): Institutions, Institutional Change, and Economic Performance, Cambridge.
- Parsons, Talcott/White, Winston (1968): Über den Zusammenhang von Charakter und Gesellschaft, in: Talcott Parsons, Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt/M., S.230-296.
- Perrow, Charles (1985): Review Essay: Overboard with Myth and Symbols, in: American Journal of Sociology 91, S.151-155.
- Powell, Walter (1991): Expanding the Scope of Institutional Analysis, in: Walter Powell/Paul DiMaggio (Hrsg.), The New Institutionalism in Organizational Analysis, Chicago-London, S.183-203.



- Schülein, Johann (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse, Opladen.
- Scott, W. Richard (2001): Institutions and Organizations. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage. Thousand Oaks-London.
- Türk, Klaus (1997): Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation, in: Günter Ortmann/Jörg Sydow/Arnold Windeler (Hrsg.), Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft, Opladen, S. 124-176.
- Walgenbach, Peter/Meyer, Renate (2008): Neoinstitutionalistische Organisationstheorie, Stuttgart.